

„Die Gewerkschaften haben versagt“

Dokumente über den polnischen Volksaufstand im Juni 1976 (Dritter Teil)



Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Danzig im Dezember 1970: Mit Schlagstöcken lazarettreif verprügelt

Um die verhafteten oder entlassenen Arbeiter juristisch zu beraten und ihren Familien zu helfen, gründeten Intellektuelle in Warschau, in der Mehrheit prominente Widerstandskämpfer aus dem Zweiten Weltkrieg, ein „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“. In mehreren Kommuniqués und zusätzlichen Erklärungen, die vervielfältigt unter der Bevölkerung kursieren, berichtete das Komitee über die von der Presse verschwiegenen Einzelheiten der Unruhen, über Rechtsbrüche und Übergriffe von Polizei und Justiz und bat um Spenden. Vergeblich versuchte die Polizei, das Komitee durch Fälschungen zu diskreditieren und durch Drohungen zum Schweigen zu bringen. Am Dienstag letzter Woche wurden 14 Komitee-Mitglieder bei einem Treffen vorübergehend festgenommen.

Sämtliche nachfolgenden Informationen beziehen sich ausschließlich auf überprüfte Fälle. Da eine offizielle Statistik der nach den Juni-Ereignissen angewandten Repressionen immer noch nicht veröffentlicht wurde, ist es schwierig, deren Umfang festzustellen. Bei denjenigen Informationen, die noch nicht gründlich überprüft sind, werden wir uns auf die Quelle oder auf die Voraussetzungen berufen, die zu den jeweiligen Vermutungen geführt hatte.

Laut Schätzungen wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 25. Juni in Radom nicht weniger als 2000 und in Ursus etwa 500 Menschen festgenommen. Es ist uns bisher gelungen, Informationen über 131 in Radom und

über 111 in Ursus von Gerichten und Strafbestimmenden Kollegien verurteilte Personen zu erlangen. In den Gefängnissen und in Untersuchungshaft befinden sich zur Zeit mindestens 35 Menschen aus Radom und drei aus Ursus.

In Ursus sind uns namentlich 208 Personen bekannt, die wegen Streiks und Demonstrationen vom 25. Juni 1976 verfolgt werden. Eine Dauerbeihilfe wird zur Zeit von 100 Familien empfangen. Von denen, über die wir Bescheid wissen, wurden 167 — darunter 149 aus den „Mechanischen Werken Ursus“ — entlassen. Wir sind nach wie vor nicht imstande, die Glaubwürdigkeit von Informationen zu bestätigen, laut denen sich die Zahl der Entlassenen auf 1000 beläuft.

Möglicherweise umfaßt diese Zahl auch Leute, die in Warschauer Betrieben beschäftigt waren und in Ursus beziehungsweise in seiner Umgebung ihren Wohnsitz haben. Wir wissen zum Beispiel von 30 entlassenen Belegschaftsmitgliedern aus dem Unternehmen „Zelmat“, und laut umlaufender Gerüchte gab es Übergriffe auch in den „Swierczewski-Werken“ (*Metallwerke in Warschau*), in der „Kasprzak-Fabrik“ (*Radiogeräte-Fabrik in Warschau*) und in den PZO (*Staatliche Optische Werke in Warschau*).

Bisher sind 90 Urteile bekannt, die von den Strafbestimmenden Kollegien, und 21, die von Gerichten gefällt wurden. Immer noch läuft die Untersuchung gegen elf Personen, die beschuldigt sind, Eisenbahngleise beschädigt zu haben. Zwei von ihnen befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft; ihr Prozeß war für den 10. und 11. November vor dem Woiwodschaftsgericht in Warschau ange-

kündigt. Einer der Angeklagten, Marek Majewski, war bislang, wegen des von ihm erlittenen Kieferbruchs, nicht vernunftfähig. Ein Antrag der Verteidigung, Majewski solle wegen seines schlechten Gesundheitszustandes auf freien Fuß gesetzt werden, wurde kürzlich vom Gericht abgelehnt. Schon seit vier Monaten wird Majewski unter Gefängnisbedingungen kuriert.

Neulich fanden vor dem Warschauer Arbeitsgericht mehrere Prozesse statt, in denen Arbeitsentlassene ihre Kündigung als gesetzwidrig anfochten. Infolge der Gerichtsurteile und der Entscheidungen der regionalen Berufungskommissionen wurden in Ursus insgesamt 15 Personen und in anderen Betrieben 29 Menschen wieder eingestellt. Insgesamt sind bisher in Ursus von den uns bekannten 167 Rausgeschmissenen 44 Mitarbeiter wieder eingestellt.

In Ursus wurden bisher 258 200 Zloty* verteilt, davon 37 470 Zloty als einmalige Beihilfen, 140 440 Zloty als Dauerunterstützungen und 80 290 Zloty für die Deckung von Prozeßkosten. Im November werden die Beihilfen für durch die Hilfsaktion bereits erfaßte Personen 100 000 Zloty betragen, und falls wir an alle diejenigen herankommen, über die wir heute Information haben, dann würde sich dieser Betrag auf ca. 160 000 Zloty erhöhen. Zu bezahlen bleiben auch Prozeßkosten in Höhe von 114 800 Zloty. Eine Verwirklichung der Maximalforderung, den arbeitslosen Arbeitern 50 bis 80 Prozent ihres verlorenen Verdienstes zu erstatten, würde allein im November über 300 000 Zloty verschlingen.

In Radom sind bisher 159 Fälle, in denen Repressalien angewandt wurden, namentlich bekannt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Zahl vom tatsächlichen Sachverhalt weit entfernt ist. Wir besitzen Angaben über elf Personen, die wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 25. Juni ums Leben kamen, jedoch nur vier dieser Fälle sind bereits überprüft worden. Es sind: Pfarrer Roman Kotlarz, von unbekanntem Tätern mißhandelt (verstorben am 18. August im Krankenhaus Krychnowice bei Radom); Jan Brozyna, am 30. Juni von Polizisten in der Koszarowa-Straße in Radom erschlagen; Henryk Zabecki und Jan Labecki, die während des Barrikaden-Baus unter einem Traktor-Anhänger umgekommen sind.

Finanzielle Unterstützung wird 71 Familien und Rechtshilfe 25 Personen geleistet. Nach den bisher gesammelten Informationen befinden sich neun Personen wegen erlittener Mißhandlungen im Gefängnislazarett. Es sind 131 Urteile gefällt worden; in 43 Fällen ist uns die Rechtsbeurteilung der Tat sowie das Strafmaß nicht bekannt. In den übrigen Fällen lauten 48 Urteile auf über zwei Jahre Freiheitsstrafe, elf Personen wurden zu Haftstrafen zwischen drei Monaten und zwei Jahren verurteilt und 39 Personen bekamen Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten. In den uns bekannten Fällen wurden 14 Personen

* Kaufkraft: etwa 25 800 Mark.

** Alle in Kursivschrift gemachten Angaben sind Anmerkungen der Redaktion.

wegen Plünderung und die übrigen wegen Teilnahme an Demonstrationen oder wegen Angriffen auf öffentliche Objekte und gegen Funktionäre der Miliz, der Sicherheitsorgane und der Zomo (*Motorisierte Polizeieinheiten*) verurteilt.

In der letzten Zeit wurde eine Reihe von Personen freigelassen, die nach ihrer Verurteilung in erster Instanz im Gefängnis saßen und nun auf die Revisionsverhandlung warten. Eine genaue Zahl der Freigelassenen können wir nicht nennen. Jedenfalls sitzen in den Gefängnissen von Radom, Pińczów, Mielecin, Barczew, Białystok, Łódź, Wronki und Warschau mindestens 35 Menschen.

In einigen Fällen wurden die Freigelassenen neuerdings in ihren früheren Betrieben und auf denselben Arbeitsplätzen — jedoch mit niedrigerem Lohn — wieder eingestellt. Es ist schwer zu sagen, ob es sich hier um eine allgemeine Regel handelt, denn noch im Juli wurde vielen verboten, eine Arbeit im Umkreis von 150 Kilometern von Radom aufzunehmen. Ob dieses Verbot weiterhin gilt, war nicht festzustellen. Für Beihilfen wurden bisher in Radom 105 300 Zloty ausgegeben, die Prozeßkosten belaufen sich auf über 430 000 Zloty, wovon mindestens 170 000 Zloty bereits im November zu bezahlen sind.

Eine dringliche Angelegenheit in Ursus ist nach wie vor die Wiedereinstellung zu vorherigen Bedingungen von all denjenigen, die wegen des Juni-Protestes entlassen wurden. Denn obwohl allein in den Mechanischen Werken Ursus 15 Personen bereits wieder eingestellt wurden, gilt wohl nach wie vor die Anweisung der Exekutive des Partei-Betriebskomitees vom 2. Juli 1976, nach der „all diejenigen Mitarbeiter, die ... ihre Verantwortungslosigkeit bewiesen haben, aus der Belegschaft zu eliminieren sind“.

In Radom laufen die Prozesse weiter. Die letzten Urteile sind viel niedriger, manchmal lauten sie nur auf Freiheitsbeschränkung (wie zum Beispiel im Fall von P. Sadowska, die wegen Teilnahme an der Zerstörung des Gebäudes des Partei-Weiwotschaftskomitees angeklagt war). Das KOR (*Komitee zur Verteidigung der Arbeiter*) ist aber immer noch nicht imstande, einen ausreichenden Rechtsschutz sicherzustellen. Es fehlt an Anwälten, die den Geschädigten bei der Vertretung ihrer Rechte helfen können. Beschwerden wegen Mißhandlungen werden von den Polizei-Instanzen zum Beispiel so beantwortet: „Es wurde festgestellt, daß das Eingreifen der Milizfunktionäre begründet war und daß es auf korrekte Art und Weise durchgeführt wurde.“

*Dem widerspricht ein zu früherer Zeit veröffentlichtes Dokument des Komitees, in dem es wörtlich heißt**:*

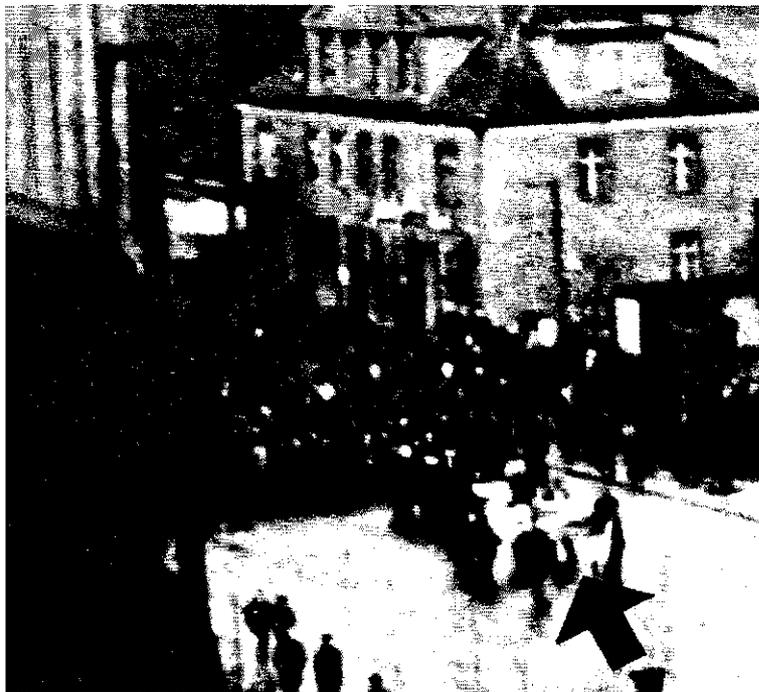
Von den bekannten 70 Personen sind alle geschlagen worden, richtiger gefoltert; manche wurden viermal über den „Gesundheitspfad“ gejagt — durch ein Spalier von Milizionären, die auf sie mit Schlagstöcken einprügelten. Von sechs Personen weiß man, daß sie längere Zeit im Gefängnislazarett lagen. (Aus: *KOR-Kommuniqué Nummer 1*)

Insgesamt sind bisher in Radom und Ursus 363 600 Zloty ausgegeben worden. Für November werden insgesamt ca. 400 000 benötigt, vorausgesetzt, daß die Zahl der Be-

dürftigen in Ursus nicht steigen wird und daß die Hilfe in Radom wegen der bestehenden Schwierigkeiten auf die Ausnahmefälle beschränkt bleibt.

Beispiele für diese Schwierigkeiten, Einschüchterungsversuche und Zwang durch die Polizei beschreibt ein Bericht, der unter der polnischen Bevölkerung kursiert:

Am späten Abend des 8. Oktober wurde auf der Hoza-Straße in Warschau der Student Andrzej Zdziarski von Personen entführt, die sich mit Milizabzeichen auswiesen. Sie brachten ihn hinter Radzymin (etwa 50 Kilometer von Warschau) in einen Wald bei Beniaminów, wo sie ihn spätnachts unter Beschlagnahme sämtlicher Papiere (unter anderem des Kommuniqué Nr. 1) allein gelassen haben.



Demonstration in Gdingen 1970*: Todesfälle überprüft

Während der Fahrt wurde ihm mit physischer Liquidierung gedroht. Am nächsten Tag, morgens, wurde eine Bekannte von Zdziarski, Grazyna Kowalczyk, vor ihrem Haus entführt. Die Entführer, die sich als Angehörige des Geheimdienstes vorstellten, brachten sie zu dem Motel „Unter den Eichen“ in Swidry Male (ca. 40 Kilometer von Warschau). Während des Gesprächs wurde ihr mit Arbeitskündigung gedroht und gleichzeitig angeboten, im Falle ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit ihr beim Erlangen eines Studienplatzes behilflich zu sein. (Aus „Aktualitäten aus dem öffentlichen Leben“)

Es ist zu betonen, daß Geldspenden für die Verfolgten aus allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus zufließen, sowohl von Intellektuellen, Studenten, Bauern wie auch von Geistlichen, Rentnern und aus Arbeiterkreisen. Es ist uns bekannt, daß die Geldspenden oft ganz offen ge-

* Ein toter Arbeiter wird auf einer herausgerissenen Tür dem Zug vorange-
tragen.

sammelt werden. So haben es zum Beispiel Krakauer Studenten vor dem Collegium Maius und auch manche Geistliche gemacht.

Anfangs hat die polnische Geheimpolizei mehrfach versucht, das Komitee zu unterwandern, seine Mitglieder als Staatsfeinde zu diskreditieren oder durch gefälschte Kommuniqués die Bevölkerung zu verunsichern.

Der Hilfsaktion haben sich neulich die Sicherheitsorgane „angeschlossen“. Bei den Familienangehörigen der Arbeiter aus Ursus, deren Prozeß am 27. September in Warschau stattfinden sollte, erschienen Funktionäre, die sich als Mitarbeiter des Geheimdienstes vorstellten. Sie versuchten, die Familienangehörigen der Verhafteten zu überreden, nicht zu den Gerichtsverhandlungen zu kommen, um in dem Gerichtsgebäude Kontakte mit den dort erscheinenden „suspekten Individuen“, die mit dem Sender „Freies Europa“ zusammenarbeiteten, zu vermeiden. Als Gegenleistung versprachen sie Freilassung und Hilfe für die Angeklagten.

Es sind auch Fälle bekannt, in denen Männer, die sich als Funktionäre des Geheimdienstes vorstellten, Hilfe bei der Arbeitssuche zusagten, falls die Betroffenen ihre Kontakte zum „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ abbrechen. Es hat Versuche gegeben, den Beihilfe-Empfängern die von ihnen erhaltenen Unterstützungsgelder wegzunehmen. Eine Reihe von Personen in Warschau (darunter Komitee-Mitglieder) werden von anonymen Anrufern belästigt, die ihnen eine Kontaktaufnahme oder Übergabe größerer Geldbeträge anbieten. Zu den vereinbarten Treffen erschienen jedoch die Anrufer nicht. (Aus: KOR-Kommuniqué Nr. 2)

In der Zeit nach dem Kommuniqué Nr. 2 gab es keine neuen Versuche der Sicherheitsorgane, sich offen der Hilfsaktion „anzuschließen“. Hingegen fälschten unbekannte Täter die Unterschrift von J. Andrzejewski (Komitee-Mitglied) unter einem fiktiven Schreiben, das sie an eine Reihe von kulturellen Organisationen verschickten. Aus derselben Quelle stammt wahrscheinlich ein falsches „KOR-Kommuniqué Nr. 3“ mit seinen wahrheitswidrigen Angaben, der Pfarrer Kotlarz sei eines natürlichen Todes gestorben und Professor Lipiński sei aus dem Komitee ausgetreten.

Jede der in diesem Kommuniqué enthaltenen Informationen ist falsch. Das auf dem Postweg verbreitete Fälsikat endet mit der Aufforderung, man solle es nicht abschreiben. Wir betonen, daß das Komitee seine Kommuniqués niemals per Post versandt hat und es auch künftig nicht tun wird. Ähnlich wie bei der Übergabe von Geldspenden appellieren wir an Vorsicht und Besonnenheit; die Komitee-Kommuniqués sollten nur aus den Händen solcher Personen angenommen werden, zu denen man Vertrauen hat.

Nach dem 19. Oktober wurden mehr als ein Dutzend entlassener Mitglieder der Ursus-Belegschaft zu der Polizeikommandantur in Pruszków vorgeladen und einem Verhör unterzogen, dessen Ziel war, zu klären, „ob Studenten nicht die für die Arbeiter gesammelten Geldspenden versaufen“. Die Arbeiter wurden ausgefragt, ob zu ih-

nen Studenten kommen und Geld bringen, wie hoch die von ihnen erhaltenen Unterstützungen sind, man verlangte von ihnen Personenbeschreibungen ihrer Helfer, Angabe der Besuchstermine usw. Viele der Verhörten haben von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch gemacht, da bei den Verhören die vorgeschriebenen Formalitäten nicht eingehalten wurden; so wurde z. B. kein Vernehmungsprotokoll geführt.

In der ersten Oktoberhälfte haben höhere Funktionäre des Innenministeriums Gespräche mit den Komitee-Mitgliedern A. Steinsbergowa und L. Cohn geführt, zweifelsohne mit dem Ziel, sie zur Aufgabe ihrer Tätigkeit im Komitee zu überreden. Sie haben dieses Ziel nicht erreicht.

Am 14. Oktober wurde, auf Anweisung des Rektors der Warschauer Universität, Professor Z. Rybicki, der Vertrag mit dem Dozenten für iberische Geschichte, A. Maciere-wicz, gekündigt -- wegen Zusammenarbeit mit dem Komitee.

Wie wir bereits informiert haben, wurde in Radom Mirosław Chojecki (*Komiteemitglied*), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kernforschung, festgenommen. Nach seiner Festnahme kam ein Mitarbeiter des Kernforschungsinstituts in Warschau namens Skoczylas, der, wie sich herausstellte, auch für den Geheimdienst arbeitet, nach Radom. Wegen der Thematik der von Chojecki geführten wissenschaftlichen Forschungen, die Staatsgeheimnis sind, wurde er gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, in der er sich verpflichtet, den Skoczylas über alles zu informieren, was für die Volksrepublik Polen, vom Gesichtspunkt der Gegenspionage aus, schädlich sein könnte. Gleichzeitig haben Sicherheitsfunktionäre Chojecki mit Arbeitsentlassung gedroht.

Am 21. Oktober 1976 wurde er fristlos gekündigt, von zwei Sicherheitsfunktionären verhaftet und anschließend 13 Stunden lang in der Polizeikommandantur Zoliborz (*Stadtteil von Warschau*) sowie in der Polizeikommandantur Warschau verhört. Während des Verhörs wurde versucht, Chojecki zur Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst zu überreden.

Im Laufe der vergangenen zwei Wochen haben die Komitee-Mitglieder J. Andrzejewski, L. Cohn, E. Lipiński, H. Mikolajski, A. Pajdak, J. Rybicki, A. Szczypiorski und Pfarrer J. Zieja Vorladungen erhalten, sich bei der Abteilung für Inneres des Woiwodschaftsamtes zu melden. Wegen des formlosen Charakters dieser Vorladungen sind manche der Genannten nicht erschienen.

Denjenigen, die sich gemeldet haben, wurde erklärt, daß sie einer illegalen Organisation angehören. Die Behauptung, daß die Tätigkeit des Komitees illegalen Charakter habe, wurde von allen Mitgliedern zurückgewiesen.

Sowohl das Ziel als auch die Art der Tätigkeit des Komitees sind völlig legal. Das Komitee ist entstanden, um rechtliche, ärztliche und finanzielle Hilfe für die verfolgten Teilnehmer des Juni-Protestes zu leisten; in einer Situation, in der die Gewerkschaften, die Sozialhilfe-Ämter und andere zur Unterstützung und Verteidigung der Staats-

bürger berufenen Organisationen ihre Funktionen nicht erfüllen, mußte diese Rolle von einer Gruppe von Menschen guten Willens übernommen werden. In dem Augenblick, in dem die genannten Organisationen anfangen, ihre Pflichten wahrzunehmen, in dem die Verfolgungen aufhören, eine Amnestie in Kraft tritt, alle von Repressalien Betroffenen rehabilitiert sind und ihre Arbeitsplätze zu den vorherigen Bedingungen, bei Anerkennung der Beschäftigungskontinuität, zurückbekommen, der Umfang der Juni-Repressalien bekanntgegeben wird und die Schuldigen für die Rechtsverletzungen und das Foltern der Arbeiter zur Strafverantwortung gezogen werden -- wird das Komitee seine Daseinsberechtigung verlieren.

Bis dahin aber, der Verleumdungen, Fälschungen, Einschüchterungsversuche und Repressalien ungeachtet, fühlt sich das Komitee gegenüber der Bevölkerung, die durch ihre Opferbereitschaft ihre Solidarität mit dem Komitee unter Beweis stellt, verpflichtet, seine Tätigkeit fortzusetzen. Diese Tätigkeit entspricht vollständig dem moralischen und dem rechtlichen Empfinden des Volkes.

Bei den vor dem Radomer Regionalgericht geführten öffentlichen Verhandlungen waren die aus Warschau ange-reisten Aldona Jawlowska, Anka Kowalska, Halina Mikolajski und Jacek Kurofi anwesend. Es wurden ihnen durch die Gerichtsbehörden und Strafverfolgungsorgane keine Schwierigkeiten gemacht. Am 25. Oktober 1976 kamen zu der Gerichtsverhandlung gegen A. Masiarz als Beobachter Irena Byrska, Krzysztof Gan und Sergiusz Kowalski nach Radom.

Während der Verhandlung wurde Kowalski von der RichterIn E. Dobrowolska aus dem Saal verwiesen mit der Begründung, er habe dadurch, daß er sich Notizen machte, versucht, die Verhandlung zu stören. Nach Verhandlungsschluß wurden alle drei von Polizeifunktionären unter Leitung eines zivilen Mitarbeiters des Sicherheitsdienstes festgenommen. Anschließend brachte man sie zu der Woiwodschaftskommandantur der Polizei, wo sie nach einem einhalbstündigen Verhör freigelassen wurden. Bei Sergiusz Kowalski wurden mit Gewalt, ohne einen Durchsuchungsbefehl und sogar ohne Vernehmungsprotokoll, Abschriften von KOR-Papieren sowie private Notizen beschlagnahmt.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Ursache all dieser Festnahmen jeweils die Anwesenheit bei einer öffentlichen Gerichtsverhandlung gegen Arbeiter, Teilnehmer des Juni-Protestes, war. So also ist in Radom die gesetzlich garantierte Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen mehrmals verletzt worden, und die Gewalt feiert hier, vier Monate nach dem 25. Juni, immer noch ihre Triumphe.

Ursus-Angestellte, die ihre Kollegen und Untergebenen denunzieren und deren Arbeitskündigung fordern, sind: Ingenieur Barczak, Bürger Klaptoez, Jerzy Kwiatkowski, Erster Sekretär des Partei-Werkskomitees Maćkowski, Angestellte in der Personalabteilung A. Swist. Gegen den Milizcorporal, der am 25. Juni in Radom die Arbeiter im Gebäude der Miliz-Woiwodschaftskommandantur geschlagen hat, wurde eine Klage eingereicht. Zwei Milizfunktionäre

haben in Radom am 30 Juni, gegen zwei Uhr nachts, in der Koszarowa-Straße einen liegenden Mann mit Knüppeln geschlagen. Der Milizfunktionär Staniszewski ist laut Janina Brozyna einer der Täter, die in Radom den Tod ihres Mannes Jan Brozyna verursacht haben.

Weitere Namen von insgesamt 29 Polizisten, Justizbeamten, Richtern und Staatsanwälten, die sich nach Komitee-Unterlagen der Rechtsverletzung schuldig gemacht oder als besonders eifertige Verfolger gezeigt haben, wurden in den Kommunikés 1 und 2 genannt.

Wir erinnern nochmals daran, daß überall im Land, wo es von Repressalien betroffene Menschen gibt, es die Pflicht der Bevölkerung ist, sich zu deren Verteidigung zu organisieren. In jedem Milieu, in jedem Betrieb müßten sich mutige Leute finden, die Formen von gemeinsamer Hilfe anregen.

Wir appellieren an die von Übergriffen der Staatsmacht betroffenen Mitbürger, daß sie zu ihrer Verteidigung sämtliche ihnen zustehenden Rechtswege ausnutzen. Das Komitee ist gerne bereit, ihnen auch hier im Rahmen seiner Möglichkeiten behilflich zu sein.

Das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter bittet weiterhin die Bevölkerung um finanzielle, rechtliche und ärztliche Hilfe für die von Repressalien Betroffenen. Wir appellieren auch, dem Komitee solide, für seine Arbeit notwendige, Informationen zukommen zu lassen.

Wir teilen die Adressen und Telephonnummern der Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter mit:

1. **Jerzy Andrzejewski**, Staatspreisträger (*der bedeutendste lebende Romancier Polens, unter anderem Autor von „Asche und Diamant“*), Warszawa, Swierczewskiego 53 m. 4; Telephon: 19 82 61.

2. **Stanislaw Barańczak**, Lyriker und Literaturtheoretiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Posener Universität. Poznań, Kościuszki 110 m. 9; Telephon: 5 54 41.

3. **Mirosław Chojecki**, Chemiker, Teilnehmer der Studentenbewegung von 1968, Pfadfinder-Aktivist. Warszawa, Sarbiewskiego 2 m. 47; Telephon: 33 25 07.

4. **Ludwik Cohn**, Rechtsanwalt, vor dem Krieg PPS-Politiker (*PPS = Polnische Sozialistische Partei*), ehemaliger Gefangener der Oflags (*deutsche Kriegsgefangenen-Lager für Offiziere*), politischer Häftling in der Stalin-Zeit. Warszawa, Koszykowa 14 m. 6; Telephon: 27 51 50.

5. **Jacek Kurón**, Pädagoge, politischer Häftling in den Jahren 1965 bis 1967, 1968 bis 1971. Warszawa, Mickiewicza 27 m. 64; Telephon: 39 39 64.

6. **Edward Lipiński**, Volkswirtschaftler, Professor, Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Staatspreisträger, ehemaliger PPS-Politiker. Warszawa, Rakowiecka 22 a m. 26; Telephon: 49 50 17.

7. **Jan Józef Lipski**, Literaturhistoriker und Kritiker, ehemaliger AK-Soldat (*AK = nichtkommunistische polnische Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs*), Teilnehmer des Warschauer Aufstands, ehemaliger Vorsitzender des „Klubs des Krummen Kreises“ (*antistalinistischer, für einen demokratischen Sozialismus eintretender Diskussionskreis junger Warschauer Intelligenzler in den Jahren 1954 bis 1957; wurde 1962 auf Befehl von Go-*



Kuroń



Lipiński



Andrzejewski

Komitee-Mitglieder*: Pflicht der Mutigen

mulka geschlossen), Warszawa, Konopczyńskiego 4 m. 9; Telephon: 27 34 72.

8. **Antoni Macierewicz**, Historiker, Teilnehmer der Studentenbewegung von 1968, Pfadfinder-Aktivist. Warszawa, Pańska 61 m. 125.

9. **Halina Mikolajska**, Schauspielerin, zweifache Staatspreisträgerin. Warszawa, Marszałkowska 10—16; Telephon: 21 54 37.

10. **Emil Morgiewicz**, Jurist, politischer Häftling aus den Jahren 1970 bis 1974, Mitglied von Amnesty International. Warszawa, Agnieszki 4.

11. **Piotr Naimski**, Biochemiker, Pfadfinder-Aktivist. Warszawa, Pańska 61 m. 125.

12. **Antoni Pajdak**, Rechtsanwalt, PPS-Politiker und Legionen-Soldat (*in Pilsudskis Zeiten*), während der Okkupation WRN-Politiker (*WRN = eine 1939 gegründete konspirative Nachfolgeorganisation des rechten PPS-Flügels*), Stellvertretender Delegierter der Regierung (*der Londoner Exilregierung während des Zweiten Weltkriegs*), in dem Moskauer Prozeß gegen 16 Anführer der polnischen Widerstandsbewegung verurteilt und 1945 bis 1956 in sowjetischer Haft. Warszawa, Słiska 10 m. 76.

13. **Józef Rybicki**, Dr. phil., ehemaliger Gymnasial- und Lyzeal-Direktor, Aktivist der Antialkohol-Bewegung, Kedyw-Kommandant für den Warschauer AK-Kreis (*Kedyw = Sabotage-Sondereinheit der Armia Krajowa*), Träger des Virtuti-Militari-Kreuzes, langjähriger politischer Häftling während der Stalinzeit. Milanówek, Okólna 14 a; Telephon: 58 35 51.

* Kuroń. 1967 wegen „Verbreitung falscher, die polnische Volksdemokratie schädigender Informationen“ verurteilt, in Gefängniskleidung.

14. **Aniela Steinsbergowa**, Rechtsanwältin, vor dem Krieg Verteidigerin in politischen Prozessen, u. a. im Prozeß gegen die streikenden „Semperit“-Arbeiter in Krakau (ein historischer, von der Vorkriegspolizei brutal unterdrückter Streik, der im Endeffekt den Arbeitern den Sieg brachte und der in vielen polnischen Schulbüchern beschrieben ist), nach dem Krieg politischer Verteidiger, unter anderem in Rehabilitierungsprozessen gegen AK-Kämpfer. Warszawa, Boya Zelenkiego 4 m. 26; Telephon: 25 32 95.



Komitee-Mitglied Halina Mikolajska*: Folterer genannt

15. **Adam Szczypiorski**, Historiker, Professor, ehemaliger PPS-Politiker. Warszawa, Parkowa 13/17; Telephon: 41 24 72.

16. **Pfarrer Jan Zieja**, Militärseelsorger im Jahr 1920 (polnischer Militärsieg gegen die Rote Armee, das sogenannte „Wunder an der Weichsel“), Träger des Virtuti-Militari-Kreuzes, Oberseelsorger der „Grauen Reihen“ (besonders mutige, der AK nahestehende Kampfeinheiten von Pfadfindern im okkupierten Polen), Seelsorger des „Baszta“-Regiments, Teilnehmer des Warschauer Aufstands. Warszawa, Dobra 59 m. 13.

17. **Waclaw Zawadzki**, Schriftsteller, ehemaliges PPS-Mitglied und Direktor des „Wiedza“-Verlags. Warszawa, Stoleczna 3; Telephon: 33 23 92.

* In der Rolle der „Alten“ in Ionescos Einakter „Die Stühle“.

18. **Wojciech Ziemiński**, Redakteur, Graphiker, Soldat der ZWZ/AK und der Polnischen Militärkräfte im Westen (ZWZ = *Zwiazek Walki Zbrojnej*, 1939 gegründet, später AK), 1942 bis 1943 Häftling der Gestapo in Frankreich und in Konzentrationslagern in Deutschland. Warszawa, Sady Zoliborskie 7 a m. 21; Telephon: 33 05 46.

„Stellt unsere Kollegen wieder ein“

889 Ursus-Arbeiter protestieren beim Parteichef

Am 4. November 1976 entsandten die Ursus-Arbeiter ein Schreiben an die Parteiführung und die obersten Behörden der Volksrepublik Polen:

„Wir Mitarbeiter der Mechanischen Werke Ursus fordern Wiedereinstellung aller, die im Zusammenhang mit dem Streik und der Demonstration vom 25. Juni 1976 entlassen wurden. Wir halten das für unbedingt notwendig angesichts der schwierigen Lage im Lande, der gespannten Atmosphäre in unserem Betrieb und der Schwierigkeiten bei der Planerfüllung, die dadurch verursacht sind, daß erfahrene Belegschaftsmitglieder fehlen.

Wir appellieren, daß ihnen ihre Arbeitsplätze unter den früheren Bedingungen zurückgegeben werden samt allen sich aus der Beschäftigungskontinuität ergebenden Rechtsansprüche und daß ihnen ihr Lohn für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit nachgezahlt wird. Wir sind überzeugt, erst dann werden wir zusammen mit allen Polen imstande sein, die schwierige wirtschaftliche Lage, in die unser Vaterland geraten ist, zu bewältigen.“

Der Appell wurde von 889 Mitarbeitern der Mechanischen Werke Ursus unterschrieben.

Das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter solidarisiert sich vollinhaltlich mit den Forderungen dieses Schreibens. Die Ereignisse vom 25. Juni haben die Unfähigkeit der Gewerkschaften zur Wahrnehmung ihrer Vertreterfunktionen nochmals bestätigt. Die Gewerkschaften haben sich als unfähig erwiesen, einen wenn auch noch so schwachen Protest gegen die Repressalien zu erheben, und ließen sich sogar zu aktiver Beteiligung an diesen Repressalien heranziehen. Die Arbeiter selbst mußten also die Verteidigung ihrer Interessen in die eigenen Hände nehmen.

Von Repressalien wegen Teilnahme an den Juni-Protesten wurden Mitarbeiter vieler Betriebe betroffen. Die Solidaritätsaktion der Ursus-Arbeiter ist ein Beispiel für alle von Übergriffen betroffenen Belegschaften.

Das spontane Wiedererstehen von Formen gemeinschaftlicher Verteidigung ist der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung einer authentischen Repräsentation der Werktätigen. Nach dem Dezember 1970 wurde diese Rolle in der Stettiner Werft von einer Arbeiterkommission übernommen, die von den Arbeitern selbst gegründet wurde. Das Entstehen und Funktionieren einer solchen Kommission ist eine unumgängliche Voraussetzung für eine Lösung der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise in unserem Land.

Komitee zur Verteidigung der Arbeiter

Ende